

Soziale Ausblicke.

Von Dr. Arthur Glafer.

II. *)

Die sozialen Maßnahmen, die zunächst für die unmittelbaren Opfer des Krieges gedacht waren, werden wohl ihre Wirkung auch auf jene Gebiete ausstrahlen, die der besonderen Kriegsfürsorge entzogen sind. Die Politik, die während des Krieges die Gesamternährungsfrage der Bevölkerung von dem Gesichtspunkte einer gleichartigen Befriedigung aller zu lösen versuchte, wird vielleicht auch im Frieden hier allzu trasse Ungerechtigkeiten ausgleichen wollen. Gewiß, das Leben wird härter sein denn sonst, und die Verantwortung wird für die Leiter des Staates wie für die Bevölkerung nur noch größer werden. Die Leute, die draußen in heißen Kampftagen Schulter an Schulter gestanden sind, haben vielleicht manche Anschauungen „reviviert“, und wenn es manche im Hinterlande — und das ist die größte Schmach dieser Kriegszeit — oft nicht anders verstanden, als die Konjunktur zu nutzen und sich auf Kosten der Nebenmenschen in maßloser Weise zu bereichern — die draußen im Schützengraben haben vielleicht doch anderes gelernt. Vielleicht werden auch sie rascher vergessen, als wir glauben. Es liegt in den Verhältnissen dieses Staates, daß sich seine Wohlfahrts-einrichtungen nur auf die Residenzstadt und einige größere Landeshauptstädte beschränken; das Land bleibt weit zurück. Auch hier erwarten wir, daß jene, die heimkehren, ihren erwachten Sinn und ihre gesunde Energie zu Gutem und Nützlichem verwenden werden. Manche Reformen werden mit der Fürsorge für die Opfer des Krieges Hand in Hand gehen können. Von der Militärinvalidenfürsorge wird auch für die bürgerliche Unfallfürsorge mancher Gewinn abfallen, und wenn dort ein Lohnklassensystem zugrunde gelegt würde, so würde auch in der zivilen Krankenfürsorge eine Reorganisation Platz greifen.

Vieles hievon hat das Parlament in der nun durch so viele Jahre beratenen, aber leider noch nicht beschlossenen Sozialversicherung niedergelegt. Alters- und Invalidenversicherung sind der erste Schritt, den der Staat wird tun müssen, und eine Arbeitslosenversicherung, die auf staatlicher Grundlage aufgebaut ist, wird ihr nachfolgen müssen. Allen Bedenken, die der Verwirklichung des Sozialversicherungsgesetzes entgegenstehen, werden die im Kriege so scharf erprobten organisatorischen Kräfte zu begegnen wissen. Diese Maßnahmen helfen ja mit an der Gesundung des Volkes, die wir als notwendigen Ersatz für den starken Ausfall brauchen werden. Mutter- und Säuglingsfürsorge, die schwache Ansätze auch bei uns nun zeitigten, werden einen immer noch größeren Raum in der Wohlfahrtspflege einnehmen. Und daran reiht sich die schwere Sorge unsres Jugendschicksals. Zu dieser Jugend zählt auch ein großer Teil jener, die heimkehren werden als Helden und die Forderungen an die Gesellschaft stellen werden, weil sie draußen in bürgerlichen Leben vielleicht weniger benötigt. Zu den Jugendlichen zählt auch die Zahl derjenigen, die während des Krieges unbehüteter denn sonst heranwachsen konnten. Man wird da viel zu korrigieren haben, aber die Hauptsache bleibt ja doch die nötige Vorbereitung für den Lebensberuf, der ihnen noch härter scheinen wird als ihren Altersklassen vor dem Kriege. Man wird die Aufklärung unter sie tragen müssen, damit Oesterreichs Analphabetentum sich verringere. Und man wird es anstreben, daß die qualifizierte Arbeit als das Ziel unsrer Jugend und vor allem auch der Mädchen-erziehung angesehen wird. All das soll und muß mithelfen, daß die Familie, die der Krieg zerstört hat, sich in einer aufgeklärten Stadt- und Landbevölkerung wieder aufbaut und zur wahren Grundlage des Staates wird.

Die große Organisation in der Kriegsführung, zu der uns deutscher Geist und deutsche Wissenschaft verholfen haben, wird

doch zu einem gewissen Teil seine Fähigkeit auch in dem kommenden Frieden betätigen können, und ein wirtschaftlicher Generalstab wird die Versorgung der Bevölkerung leiten. Diesen wirtschaftlichen Generalstab kann man in einem einheitlichen Ministerium der Volksernährung darstellen oder aus Vertretern von Körperschaften zusammengesetzt sehen. Ohne an eine kommunistische Wirtschaftsordnung zu denken, wird man doch der Ausbreitung des allzu starken Egoismus auf dem Gebiete der Volksernährung entgegenreten können. Neben der Schaffung genügender Nahrungsmittel durch Ein- und Ausfuhr, Anordnung von Höchstpreisen, Approvisionierungsmaßnahmen der Stadtverwaltungen wird auch eine Aufklärungsstätigkeit zu einer besseren Versorgung hinleiten müssen. Zunächst eine Aufklärung über die bessere Bewirtschaftung des Bodens, und wir erinnern da an die Feststellung der großen Unzulänglichkeit in der Bodenausnutzung unsrer Monarchie, denn Deutschland hat zum Beispiel mit einem um die Hälfte schlechteren Boden den doppelten Ertrag als der doppelt bessere Boden Ungarns erzielt. Auch Vorurteile und Gewöhnung werden in der Bevölkerung zum Schwinden gebracht werden müssen, und Belehrungen über den wahren Nährwert werden allgemeinere Verbreitung finden müssen. Der Krieg hat unter der Wirkung der Blockade und dem großen Bedarf des Heeres Ersatzmittel geschaffen, die eben, weil sie nur Ersatzmittel heißen, die fehlenden Rohstoffe nicht ersetzen können, aber doch einen Wert als Streckungsmittel besitzen, deren Kenntnis wir uns für den Frieden aufsparen wollen. Leider haben wir für Brot und Milch, die Hauptnahrungsmittel und oft die einzigen Nahrungsmittel des Volkes, keinen Ersatz schaffen können. Für die Befriedigung der Lebensbedürfnisse wird eine rasche Verbilligung mit allen Mitteln angestrebt werden müssen, soll die durch die schweren Kriegsjahre hervorgerufene Unterernährung der Bevölkerung behoben und die wachsende Tuberkulosegefahr beseitigt werden können. Deutschland hat auch getreu seinem Prinzip, allen gesunden Vorschlägen der Ökonomie gerade in der Ernährungsfrage mit peinlichster Gewissenhaftigkeit Rechnung zu tragen, Speisegemeinschaften in Aussicht genommen, die die schweren Kosten der einzelnen Haushaltungen mindern und eine zureichende Ernährungsmöglichkeit sichern sollen. Gewiß waren alle diese Organisationen nur für den Krieg gedacht, aber weite Gebiete, die für die Volksernährung in Betracht kommen, werden auch für den Frieden festgehalten werden können, und das Wort, das heute als Utopie gilt, daß der allgemeinen Wehrpflicht die allgemeine Nährpflicht gegenüberstellen müsse, wird vielleicht doch einigen Realitätswert erhalten.

Zur deutschen Reichstag fiel kürzlich das Wort, daß auf dem Gebiete des Wohnungswesens eine Katastrophe nach dem Kriege geradezu unausbleiblich sei. Die Verteuerung der Baumittel lasse noch für lange Zeit eine Einschränkung der Bautätigkeit und infolgedessen eine unermessliche Verteuerung der bestehenden Wohnungen befürchten. Der Abgeordnete Dr. Steinwender hat deshalb vorgeschlagen, daß durch staatliche Verordnung eine Mietzinserhöhung für eine gewisse Zeit nach dem Kriege untersagt werden soll. Auch ein Gesetzesentwurf zum Schutze der Mieter wurde in der letzten Session des Abgeordnetenhauses als Initiativantrag vom Abgeordneten Dr. Rybarsch eingebracht, der von zahlreichen Abgeordneten gefertigt war. Es ist sehr fraglich, ob solche Maßnahmen, die eher im Kriege Anwendung finden könnten, auch für den Frieden Aussicht auf Verwirklichung haben. Vor allem wird allgemein, um der mittellofen Bevölkerung ihr Obdach zu sichern, die Unterstützung des Kleinwohnungsbaues durch Staat und Gemeinde angestrebt. Die Reform unsres Arbeiterwohnungsgegesetzes, die den geänderten Lebensverhältnissen entsprechend auch bei höheren Lohneinkommen zugute kommen soll, könnte wesentlich nützen. Auch die Kriegerheimstätten könnten eine wirksame Entlastung auf dem Wohnungsmarkte darstellen, wenn alle Versprechungen gehalten und alle Pläne verwirklicht würden, die während des Krieges entworfen wurden. Die Wohnungsfrage ist die bedrückendste unsrer Sorgen, und doch werden es alle so nötig haben, nach dem wüsten Traum

wieder auszurufen in einem behaglichen Heim. Die Schwierigkeit der Lebenshaltung wird, das wissen wir alle, große Dimensionen annehmen. Die Verdienstmöglichkeiten des Arbeiters und des Angestellten werden leider nicht in demselben Maße wachsen, wie die Teuerung der Bedarfsartikel.

*) Siehe „Neues W. Tagblatt“ vom 4. Jänner.